

zeitung gegen den krieg

Nr. 46 Frühjahr 2020

Das Virus. Die Krise. Das Kapital



Winfried Wolf

Wir erleben die schlimmste Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs sein. Und dies auf drei Ebenen. Da gibt es – ERSTENS – die Corona-Epidemie, die sich seit Februar 2020 auch durch Europa und die USA frisst. Diese stößt – ZWEITENS – auf einen Gesundheitssektor, der seit drei Jahrzehnten krankgeschrumpft, kaputtgespart und zur Profitmaschine für Private umgebaut wurde. Wobei sich dies dann – DRITTENS – mit einer Wirtschaftskrise verbindet, die Ende 2019 einsetzte und die nun – zusammen mit der Corona-Epidemie – viral wird. In diesem Dreifach-Mix kann dies zu einem materiellen und gesellschaftlichen Crash führen mit massivem Wirtschaftseinbruch und mit allein in Deutschland zwei Millionen zusätzlichen Menschen ohne bezahlte Arbeit, also mit einem faktischen Arbeitslosenheer von sechs Millionen.

Besonders beunruhigend ist dabei: Es ist eine *Krise mit Ansage*. Seit knapp einem Vierteljahr, seit dem 7. Januar 2020, starren die Regierenden, die Epidemiologen und die Wirtschaftsfachleute auf Wuhan. An diesem Tag gestanden die Offiziellen in der VR China erstmals den Ausbruch der Corona-Virus-Epidemie ein. Man wusste Bescheid. Noch krasser: Die Bundesregierung spielte 2013 auf der Basis der Erfahrungen mit SARS die Möglichkeiten einer solchen Epidemie bereits konkret durch. Sie kam dabei zu sehr ähnlichen Ergebnissen, wie wir sie jetzt erleben. Doch es geschah: NICHTS (siehe rechte Spalte).

Im Gegenteil. Seit gut zwei Jahrzehnten gibt es einen kontinuierlichen Bettenabbau von insgesamt fast einem Fünftel (siehe Seite 2). Auch nach dem 7. Januar 2020 gab es keinen Aufbau von Betten. Keine breit angelegte Aktivierung von Ärztinnen und Ärzten im Ruhestand. Keine ausreichende Beschaffung von Mund-Nase-Masken, von Schutzkleidung, von Beatmungsgeräten. Kein Bau von Notkliniken. Und: So gut wie alle Maßnahmen zur Eindämmung der Virus-Ausbreitung – sie kommen immer um eine Woche, wenn nicht zwei bis drei Wochen zu spät. Das ist nicht nur kopflos. Das ist grob verantwortungslos.

Das ist nicht alles. Während man im Gesundheitssektor „abrüstet“, wird weiter militärisch aufgerüstet. Drei Beispiele.

Beispiel 1 – Defender2020 Ende Januar, also zwei Wochen *nach* Ausbruch der Corona-Epidemie, starteten die USA, die Bundeswehr und verbündete Streitkräfte das Großmanöver Defender 2020. Dass das eine Provokation gegen Russland darstellt, ist das eine (siehe Seite 4). Doch das war zugleich und objektiv ein wirksames Mittel zur Verbreitung des Virus über viele Ländergrenzen hinweg: ein massenhafter Transport von Tausenden Personen, auf engstem Raum befindlich, durch USA, Italien, Deutschland, Polen und die baltischen Staaten. Erst am 12. März wurde das Manöver offiziell – auf Druck von außen – eingestellt.

Beispiel 2 – Rüstungsausgaben sollen weiter massiv steigen Die Bundesregierung hält trotz vielfacher Mehrbelastungen daran

Charly Brown	zu „Defender“ 2020	Seite 3
Michael Mülle	zu Klima & Krieg	Seite 5
Heike Hänsel	zu Afghanistan	Seite 5
Sevim Dagdelen	zu Assange	Seite 6
Ulrich Sander	Jzur Schattenarmee	Seite 7
Jürgen Grässlin	zu den Groko-Waffenexporten	Seite 8

fest, dass im laufenden Jahr bis zu 50 Milliarden Euro für Rüstung ausgegeben werden sollen: ein Rekord-Wehretat. Mitten in der Krise erklärten der NATO-Generalsekretär, flankiert von der deutschen Verteidigungsministerin, dass auch das Ziel, bis 2030 zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, bestehen bleibt. Das entspricht einer *Verdopplung der aktuellen Rüstungsausgaben*.

Beispiel 3 – Airbus-Rüstungsproduktion läuft weiter Der Konzern Airbus musste am 22. März seine Produktion in Frankreich und Deutschland einstellen. Die Konzernleitung teilte jedoch nach viertägiger Produktionspause mit, dass die Fertigung in vollem Umfang wiederaufgenommen wurde. Das heißt: Es sollen neue Flugzeuge produziert werden – obgleich viele Airlines vor dem Konkurs stehen. Obgleich der Flugverkehr massiv zur Klimaerwärmung beiträgt. Es wird auch die Produktion von Raketen, Munition und Rüstung aller Art fortgesetzt. Mehr noch: Inmitten der Corona-Krisen-Tage fällte die Bundesregierung die Entscheidung, dass Deutschland – zusammen mit Frankreich – das neue Kampfflugzeug Future Combat Aircraft System (FCAS) baut – das System eines „Kampfflugzeugs sowie die von ihm gesteuerten Drohnen und Bombenschwärme“, wie dies uns die FAZ erläutert. Dafür sollen insgesamt 500 Milliarden Euro (500.000.000.000 Euro) ausgegeben werden. Das ist mehr als das, was die EU aktuell zur Bekämpfung der Epidemie bereitstellen will. Wohlgemerkt: Das sind zu 100 Prozent Steuergelder. Airbus ist faktisch ein deutsch-französischer Staatskonzern.

Es ist unverantwortlich, in dieser Krise den fatalen Kurs von Rüstung und Kriegsvorbereitung fortzusetzen. Notwendig ist ab sofort der Einsatz aller Ressourcen im Kampf gegen die Epidemie. Konkret: Der gesamte Bundeswehr-Sanitätssektor mit 20.000 Soldatinnen und Soldaten ist aus dem militärischen Bereich herauszunehmen, unter zivile Kontrolle zu stellen und dem Gesundheitssektor zuzuordnen. Die gesamte Rüstungsproduktion und alle Rüstungsexporte sind umgehend einzustellen. Alle Ressourcen in diesem Bereich sind dem Kampf gegen die Epidemie zuzuordnen. Notwendig ist die Konversion der Rüstungsproduktion für zivile Ziele. Wie lobte noch der Westen die DDR-Friedensbewegung und den Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“? Jetzt gilt: Bomben zu Betten. Kasernen zu Krankenhäusern. Atomraketen zu Atemgeräten. Alle Rüstungsausgaben sind umzuwidmen in Aktivitäten zur Stärkung des Gesundheitswesens.

Bleibt gesund! Seien wir solidarisch – vor allem mit denen, die in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen und an den Lebensmittelkassen ihren harten Job machen! Bleiben wir dabei zugleich kämpferisch gegenüber denen, die dieses Desaster mit-verursacht haben und die in diesem Desaster und an der Corona-Krise nochmals verdienen wollen. Rüstung, Krankheit und Tod bilden ebenso eine Einheit wie Abrüstung, Frieden und Leben.

Hallo Frau Merkel!

Die *Bundestagsdrucksache 17/12051* vom 3. Januar 2013 enthält eine Risikoanalyse mit dem Titel „Pandemie durch Virus ModisARS“. Die haben Sie 2011 für die damalige CDU/CSU-FDP-Regierung in Auftrag gegeben. Federführend beteiligt war das Robert Koch-Institut. Die Analyse beschreibt ein „außergewöhnliches Seuchengeschehen“, verursacht durch einen „neuartigen Erreger“ des Typs SARS. Er kommt aus Asien und wird von Reisenden nach Deutschland eingeschleppt. O-Ton: „Obwohl die laut Infektionsschutzgesetz und Pandemieplänen vorgesehenen Maßnahmen [...] schnell und effektiv umgesetzt werden, kann die rasche Verbreitung des Virus aufgrund des kurzen Intervalls zwischen zwei Infektionen nicht effektiv aufgehalten werden. Zum Höhepunkt der ersten Erkrankungswelle nach ca. 300 Tagen sind ca. 6 Millionen Menschen in Deutschland an Modi-SARS erkrankt ... [...] Bei einem Auftreten einer derartigen Pandemie wäre [...] mit immens hohen Opferzahlen [...] zu rechnen.“ Aufgeführt werden „bis zu 7,5 Millionen Tote“. Und: „Das Gesundheitssystem wird vor immense Herausforderungen gestellt, die nicht bewältigt werden können.“ Wie hat Ihr Ex-Kabinettskollege, der damalige Gesundheitsminister, Daniel Bahr, FDP, darauf reagiert? Ach ja, der ist Ihnen irgendwie „abhanden gekommen“? Richtig, der Mann wechselte nahtlos zur Allianz Private Krankenversicherung, wo er heute ein Top-Mann ist. Wie agiert ihr aktueller Gesundheitsminister Jens Spahn? Ach ja, der ist irgendwie mit der Apotheken-Privatisierung via DocMorris verbandelt. Wie verlief seither die Gesundheitspolitik? Die Krankenhaus-Bettenzahl wurde irgendwie um weitere 10 Prozent abgebaut. Es wurde weiter privatisiert. Das Krankenhauspersonal wird noch mehr schikaniert. Und wie, Frau Kanzlerin, lautet der Schwur, den Sie leisteten? Sie gelobten feierlich: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen [...] Schaden von ihm wenden [...] meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ Wie versprochen, so gebrochen! Infos nach: Sozialistische Zeitung/SoZ; die Studie ist nachzulesen auf: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/120/1712051.pdf>.

Liebe Leserin, lieber Leser, wir machen diese Zeitung gegen den Krieg (ZgK) trotz und WEGEN der Corona-Epidemie und inmitten der neuen, tiefen Krise. Wir danken allen, die dennoch bislang rund 15.000 Exemplare der ZgK bestellten und sie in Verteilung bringen wollen. Bleiben Sie gesund, solidarisch und für den Frieden engagiert. *Ihr ZgK-Team*

Fragen und Antworten zum Verhältnis Gesundheitssektor und Rüstungsausgaben

„Bei der Rüstung sind sie fix, für die Gesundheit tun sie nix“



sogar Russland, die Flugzeuge mit Hilfsgütern und medizinischem Equipment nach Italien senden. Geht's noch peinlicher?

Frage 5: Aber das mit dem „Ziel 2030“ ist doch Propaganda! Wer spricht denn von einer Halbierung der Krankenhäuser. Und vor allem: Niemand glaubt ernsthaft an das 2-Prozent-Ziel. Die Regierungspartei SPD beispielsweise hält da dagegen.
Antwort: Die Forderung nach einer Halbierung der Zahl der Krankenhäuser wurde in einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung im Sommer 2019 vorgestellt. Der deutsche Gesundheitsminister hat dem nicht widersprochen. Wenn die Epidemie überwunden ist, dann wird das ganz sicher wieder aus der Schublade geholt. Was das Ziel „2 Prozent BIP-Anteil für die Rüstung“ und den Widerstand der SPD betrifft: Die SPD ist eine 15-Prozent-Partei. Sie hat schon dutzendfach Bücklinge vor dem Koalitionspartner gemacht, um ihre Ministersessel zu behalten. Abgesehen davon: Keiner weiß, wie lange die GroKo hält. CDU/CSU und FDP sind massiv für dieses 2-Prozent-Ziel.

Die AfD ist ganz scharf auf die Verdopplung des Rüstungsetats. Allein diese drei Parteien zusammen bringen es im Fall von Neuwahlen vermutlich auf eine 60-Prozent-Mehrheit. Es war im März 2020, inmitten der Corona-Krise, als der NATO-Generalsekretär und die deutsche Verteidigungsministerin betonten, dass das 2-Prozent-Ziel weiter gilt.
Die Forderung muss lauten: Radikale Abrüstung. Senkung der Rüstungsausgaben – am besten auf Null. Das damit frei werdende Geld muss in den Gesundheitssektor gesteckt werden. Und zwar in einen Gesundheitsbereich, der zu hundert Prozent unter öffentliche Kontrolle zu stellen ist.

Sterben – als direkte Folge der zu spät ergriffenen Maßnahmen und der völlig unzureichenden Krankenhauskapazitäten.

Frage 4: Aber Italien ist doch ein Sonderfall.
Antwort: Nein, ganz und gar nicht. Das zeigen auch Blicke nach Frankreich oder Spanien. Einiges spricht dafür, dass wir nur 10 oder 14 Tage hinter Italien herhinken. Im Übrigen ist Italien ein besonderes Opfer der Globalisierung – mit großen Häfen, mit einer starken Präsenz chinesischer Arbeitskräfte und chinesischer Investitionen. Davon profitiert die deutsche Wirtschaft in besonderem Umfang. Bis vor drei Monaten wurden die Globalisierung und der Austausch mit China gerade von unseren Regierungsoffiziellen gelobt. Die Bosse der Konzerne und Banken flogen im Regierungsjet mindestens einmal pro Jahr nach China. Sie saßen dabei – bildlich gesprochen – der Kanzlerin auf dem Schoß. Und alle sangen sie das Hohe Lied der Neuen Seidenstraße. Davon profitierten sie alle. Und dafür zahlt jetzt Italien den Preis.
Der neue Virus und die Neue Seidenstraße gehören irgendwie zusammen. Doch Deutschland schaut weg. Es sind Kuba, China und nun

	1994	2010	2020	2020 gegen 1994		Ziel 2030
				absolut	in %	
Bevölkerung	81,5 Mio.	81,7 Mio.	83,2 Mio.	+1,6 Mio.	+2%	
Gesundheitssektor in Deutschland						
Zahl der Krankenhäuser	2337	2337	1938	-399	-17,1%	950
Zahl aufgestellte Betten	615.000	500.000	490.000	-125.000	-20,3%	400.000
Krankbetten je 100.000 Einwohner	754,6	612,0	589,7	-164,9	-21,8%	-
Rüstungsausgaben Deutschland und in der EU						
Rüstungsausgaben Deutschland in Mrd. Euro	25,0	31,11	50,32 (45,10)*	+25,32	201,3%	90-100
Rüstungsausgaben EU in Mrd. Euro	-	150,00	242**	+ 92,0	161,3%	480

Quellen: Statistische Jahrbücher // reimbursementinstitute // SIPRI; Bundesverteidigungsministerium; Broschüre „Militärmacht Europa – explodierende Rüstungsausgaben, Informationsstelle Militarisierung (IMI), herausgegeben von GUE/NGL und DIE LINKE (Europaparlament) // Fred Schmidt, isw, Oktober 2019; isw // * Zahl 50,32 Mrd Euro = die seitens der Bundesregierung gegenüber der Nato genannte Höhe der Ausgaben, einschließlich der Beteiligung an den Kosten der Stationierung der US-Einheiten in Deutschland und einschl. der „friedensschaffenden und friedenerhaltenden Maßnahmen“ im Budget des Auswärtigen Amtes. // ** Wachstum 2020 gegenüber 2010.

Impressum
Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Bärbel Schindler-Saefkow Berlin · Laura von Wimmersperg Berlin · Winfried Wolf Michendorf.
Verantwortlich für die Redaktion und im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.): Winfried Wolf. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.
Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · AG Frieden Trier · bundesweite Attac-AG Globalisierung & Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Willi Hoffmeister Sprecher des Ostermarsches Ruhr · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Kampagne Krieg beginnt hier · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden & Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteivorstand)
Gestaltung & Layout Joachim Römer
Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf
E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Fax 030-227 76 179 · **Tel.** 030 - 22 77 3179 (MdB-Büro H. Hänsel)
Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Kosten:
von 1 bis 99 Ex = 25 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 15 Cent je Exemplar
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.
Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Kostenbeiträge durch Friedens-Initiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADED1PMB
ISSN 1611-2881

Die Corona-Epidemie steht im Zentrum aller aktuellen Diskussionen. Jenseits der immanenten Kritik an der Politik der deutschen Regierung (siehe Seite 1) ist es sinnvoll, den Zustand des Gesundheitssektors in ein Verhältnis zur Rüstungsentwicklung zu stellen. Die Tabelle dokumentiert: Es gab in den letzten 15 Jahren einen deutlichen Abbau der Zahl der Krankenhäuser und der Zahl der Krankbetten. Gleichzeitig explodieren die Rüstungsausgaben Deutschlands und die der EU. Hierz einige Fragen und Antworten.

Frage 1: Heißt dieser Vergleich in der Tabelle nicht, dass Äpfel mit Birnen verglichen werden?
Antwort: So wie Äpfel und Birnen etwas miteinander zu tun haben – beides ist Obst – so haben die Rüstungsausgaben etwas mit der Situation im Gesundheitssektor zu tun. In beiden Fällen geht es um Ressourcen und um Geld. Dieses Geld können wir – der Staat, die Gemeinschaft, die Steuerzahlenden – nur einmal ausgeben. Früher, in den 1960er bis 1980er Jahren, wurde auf vielen Friedensdemonstrationen skandiert: „In der Rüstung sind sie fix – für die Bildung tun sie nix!“.

Damals stand die Misere im Bildungssektor im Zentrum der Debatten; es gab zuvor die Studentenrevolte. Das Geld, das in Schulen und an Unis fehlte, wurde für den Kalten Krieg ausgegeben. Aktuell befindet sich der Gesundheitssektor im Fokus. In der Tabelle sehen wir: Es gab ein unglaubliches Krankenhaussterben in Deutschland. Allein seit 1994 und bis 2020 wurden 399 Krankenhäuser geschlossen, kom-

plett aus dem Gesundheitssektor herausgenommen.

Frage 2: Kann es nicht sein, dass weniger Krankenhäuser auch effizienter arbeiten?
Antwort: Zwei mal nein: Erstens sinkt ja auch die Zahl der zur Verfügung stehenden Krankbetten. 1994 hatten wir noch 615.000; 2020 sind es nur noch 490.000. Es gab also einen Abbau von 125.000 Betten oder einem Fünftel. Würde man das Jahr 1990 und die Zahl der Betten nehmen, die es damals im vereinigten Deutschland, also in BRD und DDR gab, dann hätten wir bereits heute im Vergleich zu 1989/90 eine Halbierung der Bettenzahl. Es ist ein Skandal, dass die DDR-Krankenhäuser in keiner aktuellen Statistik auftauchen. Doch zurück zur Frage. Das zweite Gegenargument lautet: Eine flächendeckende Präsenz von Krankenhäusern an sich ist ein wertvolles Gut. Nur ein Gesundheitssektor mit in der Fläche präsenten Krankenhäusern ist ein guter Gesundheitssektor. Das hat insbesondere die Ebola-Krise in Afrika gezeigt. Die Weltgesundheitsbehörde WHO hat wiederholt darauf hingewiesen.

Frage 3: Aber ist Deutschland im internationalen Vergleich nicht gut für die Epidemie gerüstet?
Antwort: Nein, ganz und gar nicht. Der Gesundheitssektor wurde überall in Europa krankgespart und kaputtsaniert, weil privatisiert. Und natürlich ist ein Einäugiger unter Blinden König. Er sieht trotzdem schlecht. Und wie blind dieses Gesundheitssystem ist, das sehen wir in diesen Tagen an Italien. Da gibt es ein massenhaftes Corona-

+++ aktiv gegen krieg +++

Gesundheit oder Aufrüstung – eins geht nur!

Die Corona-Pandemie führt vor Augen: Unser Gesundheitssystem ist den Anforderungen einer Epidemie nicht gewachsen. Es fehlt an allem, an intensivmedizinischen Betten, an Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial, v.a. aber an medizinischem Personal. Wen wundert das? Schließlich beklagen die Krankenhäuser und ihre Personalvertretungen, allen voran meine Gewerkschaft ver.di, die chronische Unterbesetzung schon zu „Friedenszeiten“. Deutschland ist mit 10,3 Patienten pro Pflegekraft das Schlusslicht im europäischen Vergleich! Der Fachkräftemangel ist „hausgemacht“ – verursacht durch schlechte Bezahlung und miserable Arbeitsbedingungen. Es gibt die massive Unterfinanzierung des Gesundheitswesens. Die Beschäftigten fordern eine „bedarfsgerechte Personalausstattung“. Für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) konnte gerade eine „Entlastungsvereinbarung“ über die Neueinstellung von 430 Vollzeitkräften abgeschlossen werden, nach Warnstreiks und Urabstimmung.
Und immer heißt es: Die „schwarze Null“ geht vor. Auf dem 5. Verdi-Bundeskongress im vergangenen September gründeten ver.di-Mitglieder ein ver.di-Friedensnetzwerk. Im Workshop mit der stellv. Gewerkschaftsvorsitzenden Andrea Kocsis wurde danach im Rahmen des Kasseler Friedensratschlags ein konkreter Maßnekekatalog erarbeitet, in dem der Zusammenhang von Aufrüstung und Sozialabbau im Zentrum steht.
Dr. Christof Ostheimer, ver.di-Vorsitzender Südholstein
Auskunft: ostheimer@posteo.de)

+++ engagiert für den frieden +++

Interview mit Charly Braun, DGB-Kreisvorsitzender Heidekreis

Großmanöver Defender und regionaler Protest



Wie kommst Du zu dem Thema Protest gegen Rüstung und Defender-Manöver?

Ich bin „belastet“ durch die Nähe zu großen militärischen Einrichtungen wie dem größten Bundeswehr-Heeresstandort Munster und Europas größtem Truppenübungsplatz zwischen Bergen und Bad Fallingbostal. In dieser Region bin ich gewerkschaftlich tätig. Gewerkschaften nehmen grundsätzlich Stellung gegen Faschismus und Krieg. Statt Geld für Rüstung und Krieg brauchen wir das Geld dringend für den Erhalt des Gesundheitswesens, für Soziales, Bildung u.a.m. Auch zum Thema Konversion von Rüstung haben wir Beschlüsse gefasst.

Und was ist mit dem Grossmanöver „Defender Europe 2020“?

Bereits kurz nach Bekanntwerden des Grossmanövers gab es Gewerkschaftsbeschlüsse gegen dieses Vorhaben. So seitens des ver.di-Landesbezirks Nord (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern). Wir und andere unterstützen die „Leipziger Erklärung“. Das ist die Erklärung des ersten überregionalen Treffens der Friedensbewegung gegen Defender2020 vom Dezember 2019. Darin heißt es, dass „das Manöver ... eine erneute Zuspitzung der Konfrontationspolitik von NATO und EU gegenüber Russland“ ist. Im Februar 2020 gab der DGB-Bundesvorstand einen Aufruf gegen das NATO-Manöver heraus. Dort wird gefordert: „Schluss mit dem Konfrontationskurs! [...] Entspannungspolitik statt militärischer Konfrontation! Abrüsten statt aufrüsten! Zukunftsinvestitionen statt Wettrüsten!“

Oft sind das ja nette Worte, bei denen Taten fehlen. Falsch – in diesem Fall. Wir ließen dem Taten folgen. In kurzer Zeit hat sich innerhalb von ver.di bundesweit eine gewerkschaftliche Friedensbewegung organisiert. Und das sogar als satzungsmäßige Gliederung. Ein Ergebnis ist die Gründung von neuen Bündnissen der Friedensbewegung wie der „Friedensaktion Lüneburger Heide“. Wir aus der Heide haben uns mit vielen Gruppen verständigt, am Samstag, dem 9. Mai 2020, zu einem Protesttag gegen Defender 2020 an Europas größtem Truppenübungsplatz (TrÜbplatz) Bergen aufzurufen. Da die Bundeswehr uns verweigert, dafür die Rampe Bergen zu nutzen, sollen Musikbühne, Kundgebung und Demo am Westende dieses Kriegsübungsplatzes in Bad Fallingbostal stattfinden – nur wenige Meter entfernt von der Kaserne Oerbke-Ost. Dort ist bereits eine große Zahl US-Panzer für das Kriegstraining namens Defender 2020 angekommen.

Bundesregierung und Bundeswehr erklären: Das Manöver richte sich nicht gegen Russland. Sarkastisch lässt sich sagen: mehr aggressiv-„geschichtsbewusst“ geht kaum. Der TrÜbplatz, wo die Panzer konzent-

riert werden, wurde vor 85 Jahren von den Nazis gegen den Widerstand der Bevölkerung eingerichtet. An der Rampe Bergen wurden Panzer für den Überfall auf die Sowjetunion verladen. Hier und im Bahnhof Bad Fallingbostal kamen gefangene Rotarmisten an, die ohne ein Dach überm Kopf in drei Lagern eingezäunt wurden. In den ersten Monaten starben Zehntausende von ihnen. Zusammen mit den Häftlingen des späteren KZ Bergen-Belsen starben auf dem Truppenübungsplatz zwischen 1939 und 1945 etwa 100.000 Menschen.

Als dann 2015 die Briten aus Deutschland abzogen, bescherte das den Städten Bergen und Bad Fallingbostal einen Verlust von einem Drittel der Wohnbevölkerung mit entsprechender Wirtschaftskraft. Die zahlreichen Zivilbeschäftigten der British Army verloren ihre Jobs.

Auf unsere lokale Initiative hin forderten vor rund fünf Jahren der ver.di-Bundeskongress und die DGB-Konferenz Niedersachsen-Bremen-Sachen-Anhalt eine Bundesfinanzierung für eine neue Wirtschaftsstruktur. Wir verlangten, dass diese Struktur „sozial, ökologisch, friedlich und nicht-militärisch sein“ müsse. Unsere Bürgerinitiative entwickelte die Forderung nach einem Unesco-Biosphärengebiet – ein Vorhaben, das auch viele neue Arbeitsplätze schaffen könnte (siehe www.hohe-heidmark.de). Doch anstelle der Umsetzung eines Konversionsprogramms wird erneut für den Krieg geprobt – für einen neuen Krieg gegen Russland. Allein auf dem TrÜbplatz Bergen mit 500 US-Panzern und ca. 6000 Soldatinnen und Soldaten. Nachtschießen in Wohnortnähe ist da angesagt.

Jetzt rufen wir gemeinsam mit vielen Gruppen dazu auf: Wenn es die Corona-Krise zulässt – Kommt am 9. MAI – das ist nach dem russischen Kalender der Tag der Befreiung – zu Europas größtem Truppenübungsplatz nach Bad Fallingbostal! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Ende des Interviews. Und ein Nachwort des Interviewten: Die Landkreise Celle und Heidekreis in der Lüneburger Heide in Niedersachsen sind seit vielen Jahrzehnten die am stärksten militarisierte Region Deutschlands. Hier in der Heide spielt die Panzerwaffe schon lange eine wichtige Rolle. Bei Rheinmetall in Unterlüß werden Panzer produziert. Die Kampftruppenschule in Munster ist die Fahrschule und der Truppenübungsplatz zwischen Bergen und Bad Fallingbostal das Kriegstrainingsgelände.

H-D Charly Braun ist u.a. DGB-Kreisvorsitzender Heidekreis, ver.di-Bezirksvorstand Hannover-Heide-Weser, aktiv im Bündnis Friedensaktion Lüneburger Heide, in der Gewerkschaftlichen Initiative für aktive Friedenspolitik und Militär- und Rüstungskonversion in Niedersachsen und in der Initiative Biosphärengebiet Hohe-Heidmark e.V. (Konversion TrÜbplatz Bergen)

Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen

Reiner Braun

In einer Zeit wachsender rechtsradikaler und faschistischer Gefahren in vielen Ländern der Erde sowie einer zunehmenden Kriegsgefahr, begeht die Welt den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Ein Tag des Sieges für alle Menschen, die sich Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und Würde verbunden fühlen. Ein Tag des tief empfundenen Dankes an die politischen Kräfte, die dies ermöglicht haben – die Alliierten und besonders die Sowjetunion. 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und -Bürger gaben für die Befreiung Europas von der Geisel des Faschismus ihr Leben. Der Faschismus hinterließ ein Land der verbrannten Erde.

Als deutscher Staatsbürger muss ich mit Scham immer wieder betonen: Deutschland war nicht in der Lage, sich selbst von der Nazi-Herrschaft zu befreien. Viel zu viele sympathisierten bis zum Schluss mit dem Faschismus. Die faschistische Ideologie war tief in die Hirne der Mehrheit der Bevölkerung eingehämmert. Dem heldenhaften Mut der wenigen, die Widerstand leisteten, stand die ideologische und politische Dampfwalze des Faschismus gegenüber. Aber auch in Deutschland fiel der Faschismus nicht vom Himmel: Er wurde finanziell und politisch an die Macht gebracht – von den alten Eliten der Großindustrie, des Großgrundbesitzes und des Großbürgertums. Deswegen sollten wir auch niemals den Satz von Max Horkheimer vergessen: „Wer von Faschismus redet, darf von Kapitalismus nicht schweigen.“

Es ist abstoßend, wenn das Europaparlament in einer Resolution Faschismus und Kommunismus für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich macht. Es ist der unglaubliche Versuch, Ermordete zu Mördern und Mörder zu Freiheitskämpfern zu machen. Historische Wahrheit bleibt: Die Befreiung Europas durch die Alliierten – insbesondere durch die Sowjetunion – war die Voraussetzung für die Entwicklung des Kontinents Europa in Frieden, Demokratie und Wohlstand. Richtig bleibt, was Willi Brandt immer wieder betont hat: Frieden in Europa ist ohne Russland unmöglich. Wir benötigen Kooperation und Abrüstung und auch in den Zeiten der Coronavirus-Pandemie das Zusammenstehen der Menschen. Krieg muss im 21. Jahrhundert endlich verbannt werden. Darauf hinzuwirken ist gerade am 8. und 9. Mai 2020 unabdingbar.

Peking+25 – die vorläufig letzte UN-Weltfrauenkonferenz

Heide Schütz

Es ist nun ein Vierteljahrhundert her. Und er ist es wert, nochmals den Blick zurückzuwerfen. Das Motto damals: Die Welt mit den Augen der Frauen sehen! Nach 1975 in Mexico City, 1980 in Kopenhagen, 1985 in Nairobi, 1995 in Peking! Der asiatische Kontinent hatte noch gefehlt. Von Anfang an standen diese wirklich großen und wichtigen UN-Konferenzen unter dem Leitbild „Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“. Es trafen sich nicht nur die Delegationen der 181 Mitgliedstaaten, sondern von Mal zu Mal mehr und mehr Frauen von der Basis. 1995 waren es 30.000. Ihre Forderungen waren nicht ungefährlich. Deshalb verlegte die chinesische Regierung kurzfristig deren parallele Konferenz, das sogen. Forum, nach Huairou, 60 km von Peking entfernt. Die Frauen aus der ganzen Welt versprühten Intelligenz, Leidenschaft, Innovation, Solidarität und zielstrebige Forderungen nach einer gleichberechtigten Gestaltungsmacht für ein besseres Leben der Frauen und für ein Ende der geschlechtsspezifischen Gewalt. Die vielen, vielen Veranstaltungen und Diskussionen fanden in den großen Zelten der Kontinente, dem Jugendzelt und dem Friedenszelt statt sowie in Kinos, Banken, Schulen etc. Dort tobte buchstäblich das Leben. Die zahlreichen Demos, z.B. der koreanischen „Trostfrauen“ (Sexsklavinnen der Japaner im 2. Weltkrieg), der Frauen in Schwarz, der japanischen Frauen zur Anti-Atom-Initiative konnten nur auf dem eingezäunten Gelände stattfinden. Die deutsche offizielle AG „Frauen und Frieden“, der ich angehörte, hatte verschiedene Vorschläge ausgearbeitet. Die beiden innovativsten waren: die Forderung nach einer UN-Friedenskonferenz im Jahr 2000, an der die Vertretungen der Regierungen und der Zivilgesellschaft gemeinsam statt parallel tagen sollten, sowie die Einrichtung eines völlig neuen UN-Gremiums, eines Konfliktrates (Council on Conflict Resolution).

Das Ergebnis der 4. Weltfrauenkonferenz war nicht nur die „Pekinger Aktionsplattform / Beijing Platform of Action“, sondern der nicht mehr aus der Welt zu diskutierende Paradigmenwechsel: „Frauenrechte sind Menschenrechte“ – und damit universal und unteilbar! Ein halbes Jahr später wurde in Deutschland das „Frauennetzwerk für Frieden e.V.“ gegründet.

Reiner Braun ist Executive Director des International Peace Bureau (ITB) · Heide Schütz ist aktiv für Frauen für den Frieden

Schrankenlos und bodenlos

EU-Waffenbrüderschaft anstatt europäisches Friedensprojekt

Claudia Heydt

Das einzige Projekt der Europäischen Union der letzten Jahre, das erkennbar voran kam, ist die gemeinsame Militär- und Rüstungspolitik. Seit Ende 2017 hat sich in der EU eine „Koalition der Willigen“ zu mehr Aufrüstung und mehr Kriegsbereitschaft verpflichtet. Das Projekt nennt sich PESCO oder „ständige strukturierte Zusammenarbeit“. So wichtig es ist, dass zwischen Deutschland und Frankreich heute kein Krieg mehr droht, so wenig darf man europäische Freundschaft mit europäischer Waffenbrüderschaft verwechseln. Euro-Drohnen, Europäische Kampfflugzeuge und Euro-Artillerie pflastern nicht den Weg zum Frieden, sondern zum Krieg. In aller Kürze möchte ich hier einige triftige Gründe vorstellen, warum eine Militärunion und eine EU-Armee ein gefährlicher Irrweg sind.

Die EU darf entsprechend ihrer eigenen Verträge aus dem Gemeinschaftshaushalt keine militärische Sicherheitspolitik finanzieren. Doch die Verantwortlichen erklären die zahlreichen Ausgaben fürs Militär dreist zur „Industrieförderung“. Dadurch ermöglichen sie auch, dass Rüstungsprojekte, die in den Einzelstaaten nicht durchsetzbar sind, auf EU-Ebene umgesetzt werden können. Die Euro-Drohne ist Teil von insgesamt 34 laufenden Aufrüstungs- und Militarisierungsprojekten der EU. Die Drohne wird von Anfang an als bewaffnete geplant. Die Wunschliste der Euro-Militaristen ist mit den 47 Projekten aber längst nicht zu Ende. Eine neue Generation von Kampfflugzeugen, die neue Generation von



Atomwaffen ins Ziel bringen sollen, wird derzeit ebenso diskutiert wie ein gemeinsamer Flugzeugträger. Je mehr Geld zur Verfügung steht, desto mehr wachsen die gefährlichen militärischen Wunschträume in den Himmel.

Das wird für die Bürgerinnen und Bürger der EU teuer. Ähnlich wie die NATO, hat sich auch die EU zur Einhaltung des 2-Prozent-Ziels verpflichtet (siehe auch Seite 2).

Damit würde nicht nur die EU zu einem mächtigen Militärbündnis, sondern auch Deutschland zum stärksten Akteur in diesem Bündnis. Es geht perspektivisch um 80 Milliarden Euro deutsche Militärausgaben. Das ist deutlich mehr als Russland fürs Militär ausgibt. Wirtschaftlich dominiert Deutschland die EU längst. Das ist gerade in Zeiten der Corona-Krise deutlich. Ganz deutlich zeichnet sich ein

deutsch-dominierten Militärblock EU im Kern mit einem engen Bündnis Berlin-Paris ab.

Die EU verstärkt in enger Kooperation mit der NATO die Konfrontation mit Russland. Zu den Aufrüstungsprojekten der EU gehört auch der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, die „panzertauglich“ sein soll. Der militärische Aufmarsch soll sowohl durch neue beziehungsweise sanierte Brücken, Straßen und Tunnel erleichtert werden. Je mehr die EU auf große gemeinsame Rüstungsprojekte setzt, umso mehr beharrt die Rüstungsindustrie auf *schrankenlosen Rüstungsexporten*.

Mit der Begründung „Frankreich will exportieren“ soll in Deutschland keine Entscheidung gegen Rüstungsexporte gefällt werden. Und mit der Begründung „Deutschland will exportieren“ soll aus Spanien kein „Nein“ kommen. Der CDU-Fraktionsvize Wadehpul nannte deswegen Exportbeschränkungen „uneuropäisch“. Damit ist die Reihe der triftigen Argumente gegen eine Militärunion längst nicht zu Ende. Pläne für europäischen Atomwaffen und Konzepte für einen Kontinentübergreifenden Großraum, den die EU auch militärisch kontrollieren will, weisen auf den brandgefährlichen Weg, der hier beschritten wird.

Statt Hochrüstung brauchen wir Abrüstung! Statt ins Militär müssen wir in die Bekämpfung von Krankheiten, Hunger und Klimawandel weltweit investieren!

Claudia Heydt ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen

+++ aktiv gegen krieg +++

Defender-Absage und die Chance der Corona-Krise

DEFENDER (Verteidiger!) 2020 sollte eines der größten US- Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges werden. Geplant war die Verlegung von insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten aus 16 NATO-Staaten. Allein 20.000 US- GIs mit schweren Gerät sollten den Atlantik überqueren und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert werden. Obwohl aktuelle NATO-Dokumente Russland und China als Hauptgegner bezeichnen, soll es dabei keinerlei politische Absicht oder Provokation geben.

Zum Glück trauen immer weniger Menschen dem Geschwätz von Politikern und Militärs über „Sicherheitsrisiken“ und „transatlantische Solidarität“. Die wahren Hintergründe sind allzu leicht erkennbar: Es geht um Provokation Russlands, um Tests der Kriegs-Infrastruktur, um die Unterordnung ziviler Bereiche unter militärische Kommandoebenen. Schlicht: um die logistische und intellektuelle Vorbereitung eines Krieges. Entsprechend schnell mobilisierte sich breiter Widerstand: von neuen und alten Friedensaktivisten über Gewerkschaften und Teile der Parteienlandschaft bis hinein in die Klimabewegung.

Mit der aktuellen Absage des Manövers infolge der Corona-Krise ist noch nicht alles gewonnen. Im nächsten Jahr soll im Pazifik mit Stoßrichtung China „verteidigt“ werden. Halbjährlich rotieren 6000 NATO-Soldaten im Rahmen von „Atlantic Resolve“. Nicht zu vergessen die Erneuerung der Atomwaffen oder die Erhöhung des Rüstungsetats auf 2 BIP-Prozent.

Hier bietet die aktuelle Krise eine Chance: Wir brauchen jeden Euro für die Milderung der Folgen der Erderwärmung, für den Wiederaufbau eines kaputtgesparten Gesundheitssystems und für die system- und kriegsbedingte Migration. Militär ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Hier gibt es nur eins: Sage NEIN! Torsten Schleip ist u.a. Mitglied des Bundessprecher*innenkreises der DFG-VK und des Kokreises der Kampagne STOPP AIRBASE RAMSTEIN

Bücheler Aktionspräsenz 2020

Die Aktionspräsenz wäre am 26. März 2020 mit einem historischen 10. Jahrestag gestartet: am 26. März 2010 kam es zum überparteilichen Bundestagsbeschluss für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Leider wurde unser Regierungsvertreter auf dem NATO-Gipfel in Chicago (2011) wortbrüchig. Er legte kein Veto zur neuen nuklearen Aufrüstung ein. In Büchel sollen nun ab dem Jahr 2024 „einsatzfähige“ US-Atombomben (Typ B61-12) stationiert werden. Die Bundeswehr soll mit einem Tornado-Nachfolge-Kampfflugzeug in die Lage versetzt werden, die in Büchel stationierten Atomwaffen einzusetzen. Unser 10. Bücheler Ostermarsch kann am 13. April 2020 nicht stattfinden. Für den Kirchlichen Aktionstag am 6. Juni ist bislang Präses Annette Kurschus angekündigt. Ab Anfang Juli und bis zum 9. August soll es wieder ein Friedenscamp am Haupttor geben. Anfang Juli soll das Protestcamp mit der IPPNW-Woche (IPPNW = Internationale Ärzteorganisation zur Verhütung eines Atomkrieges) beginnen. Danach – so der weitere Plan – folgen die Tage der DKP/SDAJ, die Internationale Woche mit vielen bekannten Aktiven aus den USA und dem europäischen Atomwaffen-Widerstand und die Friedensfahrradfahrten der DFG-VK aus Bayern und aus Nordrhein-Westfalen (gemeinsam mit der Fastengruppe etc. des Pfarrers Matthias Engelke vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes). Auf www.buechel-atombombenfrei.de findet ihr im Menü unter „Kalender“ alle Termine und Biografien. Und natürlich auch die möglichen Änderungen als Resultat der Corona-Epidemie. Kontakt: info@atomwaffenfrei.de und 0172 771 32 66. Marion Küppers

+++ engagiert für den frieden +++

Warum der Aufstieg einer Nation als Chance zu sehen ist

Stoppt die Nato- und US-Drohungen gegenüber China!

Sean Conner

Im Dezember 2019 räumte NATO-Chef Jens Stoltenberg erstmals ein, dass China in den Augen der Nato eine „Bedrohung“ ist. Dies zeugt von Doppelmoral. Die westlichen Länder weiten ihren militärischen und wirtschaftlichen Einfluss auf der ganzen Welt aus. Gleichzeitig verurteilen sie China für Vergleichbares.

Deutlich wird dies mit der Aussage Stoltenbergs, wonach China „den zweitgrößten Verteidigungshaushalt der Welt“ habe. Komplette Verschwiegen wird dabei, wer den mit Abstand größten Militärhaushalt hat: das NATO-Mitglied USA. Hinzu kommt: Die USA provozieren die VR China auf unterschiedliche Weise: durch aggressive Manöver im Südchinesischen Meer, durch den anhaltenden Handelskrieg, mit dem Krieg um die 5G-Technologie. Darüber hinaus wollen im Herbst 2020 die US-Streitkräfte in den Ländern, die China umgeben – von

den Philippinen bis Thailand und möglicherweise auch Malaysia, Indonesien, Brunei oder sogar Indien – ein „Inselhüpfen“ mit militärischen Einheiten durchführen.

All dies soll nicht heißen, dass China selbst keine eskalierenden Maßnahmen ergriffen hätte. Chinas Ansprüche im Südchinesischen Meer stehen im Widerspruch zum Völkerrecht. Einige der internationalen Projekte Chinas im Rahmen der „Belt and Road“-Initiative bieten den betroffenen Ländern kaum Vorteile, während sie für die chinesische Seite enorm profitabel sind.

Dennoch muss China nicht als Bedrohung wahrgenommen werden. Vielmehr sollten Chinas Wachstum und sein Einfluss als Chance für gemeinsame Entwicklung, die auf gegenseitigem Verständnis beruht, begriffen werden. China gehört nicht auf die Tagesordnung der NATO. Das sollte Thema für Diplomatie und Politik sein mit dem Ziel, die internationalen Beziehungen

auszubauen und zu verbessern. Das Südchinesische Meer betreffend: Hier sollten sich die Diskussionen auf diejenigen Staaten konzentrieren, die tatsächlich in der Region angesiedelt sind und gegebenenfalls Ansprüche haben. Strikt abzulehnen ist die Einmischung der westlichen Mächte, allem voran der USA, und das skandalöse Muskel-Spiel, das hier betrieben wird.

Der Aufstieg Chinas muss eingebettet werden in einen internationalen Dialog, in dem das Potenzial für eine gemeinsame Sicherheitszusammenarbeit im Zentrum steht. Parallel muss es Initiativen für Abrüstung und Deeskalation geben. Vielleicht könnte es in der Region etwas Ähnliches wie die Vereinbarungen von Helsinki aus dem Jahr 1975 geben.

Sean Conner stammt aus Rochester, New York, und arbeitet seit seinem Abschluss des M.A. in Interkultureller Konfliktbearbeitung im Jahr 2019 mit dem Internationalen Friedensbüro (IPB) in Berlin, Deutschland, zusammen.

Die Welt am Rande des Friedens

Klimagefahren werden zu Kriegsgefahren

Michael Müller

Wir leben am Rande des Friedens“, so beschrieb Siegfried Lenz bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1988 den Zustand unserer Zeit. Heute mehr denn je. Auch in Europa erleben wir einen unfertigen und gefährdeten Frieden. Nicht allein, weil es zu einer Widerkehr des Irrsinns der Hochrüstung und des Abbaus der Rüstungskontrolle gekommen ist. Weil Gewalt in neuen, sogar globalen Formen auftritt, müssen wir auch unser Verständnis von Frieden weiter fassen.

Vor allem die ungebremste Erderwärmung löst Gewalt aus, die weit über begrenzte regionale Bedrohungen hinausgeht. Es ist eine privilegierte Gewalt, die viel mit Macht und Reichtum zu tun hat. Schon die Weltklimakonferenz von 1988 nannte die Gefahren, die durch die Schädigungen der Erdatmosphäre und die Aufheizung der Troposphäre eintreten werden, einen „langsamen Atomschlag“. Die Welt leidet an der Verachtung der Schöpfung, dem alltäglichen Egoismus und der Profitgier der Wirtschaft. Sie stirbt in ihrer heutigen Form langsam, aber das Ende des Lebens, so wie wir es kennen, wird vorstellbar.

Bis Mitte der 2040er Jahre wird die globale Temperatur um 1,5 Grad Celsius und im Trend noch einmal 20 Jahre später um unvertrebare 2 Grad Celsius höher liegen gegenüber dem Wert von 1881. Planetarische Grenzen werden überschritten, Kriege um Öl und Gas geführt. Gemessen an der biologischen Reproduktionsfähigkeit unseres Planeten

nutzt die Menschheit schon heute 1,75 Erden im Jahr. Der „Welter-schöpfungstag“ wurde 2019 Ende Juli erreicht.

Grenzen werden deutlich, denn seit der Industriellen Revolution hat sich die Weltbevölkerung verzehnfacht, der Ressourcen- und Energieeinsatz in den Industriestaaten pro Kopf verzwanzigfalt und die Eingriffstiefe in die Öko-Systeme nahezu verhundertfacht.

Dabei werden die ökonomischen und ökologischen Folgen aus Raubbau und Überlastung noch über eine längere Zeit zeitlich, räumlich und sozial höchst ungleich verteilt sein. Denn die Hauptverursacher sind nicht die Hauptbetroffenen. Und auch diese Verschärfung der sozialen Ungleichheit wird massive, auch gewalttätige Konflikte auslösen.

Der Klimawandel schädigt besonders stark den afrikanischen Kontinent, der nur knapp fünf Prozent zur Erderwärmung beiträgt. Die Folgen sind eine Ausweitung von Dürrezonen, Wetterextremen und massiver Wassermangel. Geschädigt werden zudem besonders die Deltas und Slums niedrig liegender, bevölkerungsreicher Küstenregionen und die pazifischen Staaten. Betroffen sind vor allem die ärmsten Weltregionen, die nur über geringe Möglichkeiten verfügen, sich anzupassen oder gar zu schützen. Die Opfer sind vor allem künftige Generationen, denn der globale Kapitalismus beseitigt Zug um Zug alle räumlichen und zeitlichen Widerstände, die bisher Schutzbarrieren aufgebaut haben.

Was in Europa sieben Jahrzehnte fast vergraben schien, kommt wieder zurück. Wenn es nicht sofort zu einer sozialen und ökologischen



Wende kommt, gerät die Welt in einen tiefen Krisenmodus. Wir dürfen die schmerzhaft Unvollkommenheit des Friedens nicht ausschließlich als Nicht-Krieg definieren. Wir brauchen mehr als einen erklärten Verzicht auf Gewalt. Frieden braucht vor allem eine Weltpolitik, sozial und ökologisch.

Doch die Kolonialisierung der Zukunft geht weiter. Der Widerspruch zwischen dem Wissen über die globalen ökologischen Gefahren und dem Verdrängen im alltäglichen Handeln wird größer. Das

ist nicht zuletzt begründet in der ebenso elitären wie fatalen Utopie hoch gesicherter grüner Oasen des Wohlstandes in einer zunehmend unwirtlichen Welt. Auch das holt uns ein – nicht nur in den schrecklichen Bildern von toten Kindern im Mittelmeer. Was ist das für eine verrückte Welt, in der nur zehn Länder der Erde für rund 75 Prozent der Rüstungsausgaben verantwortlich sind?

Haben wir nichts gelernt? Dabei sind wir Mitwisser und oft auch die Mittäter dessen, was sich vor

uns aufbaut. Gegen die Überlastung der Öko-Systeme und die Endlichkeit unseres Planeten für menschliches Leben brauchen wir eine aktive Friedenspolitik statt der schleichenden Militarisation der internationalen Politik. Abrüsten statt Aufrüsten. Was wir brauchen ist eine Kultur des Friedens statt der Sprache der Macht – nach innen wie nach außen.

Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands, war 1983-2009 er für die SPD im Bundestag und 2005-2009 Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt

Gestern Terroristen – heute Verbündete gegen Terror?

Afghanistan – verheerende Kriegspolitik der Bundesregierung

Heike Hänsel

Fast 20 Jahre nachdem die US-geführte NATO-Allianz in Afghanistan einen Krieg vom Zaun gebrochen hat – angeblich um Terroristen zu bekämpfen und die Taliban von der Macht zu vertreiben –, hat US-Präsident Donald Trump Ende Februar mit eben diesen Taliban einen sogenannten Friedensdeal unterzeichnet. Das Abkommen soll den Weg für einen Abzug der US-Truppen innerhalb von 14 Monaten und für ein Ende der Kämpfe ebnen.

Doch Frieden wird das Abkommen dem Land nicht bringen. Weder die afghanische Regierung noch zivilgesellschaftliche, demokratische Kräfte in Afghanistan waren an der Ausarbeitung beteiligt. Wichtige Punkte für einen dauerhaften Frieden in Afghanistan wurden ausgeklammert: ein landesweiter, dauerhafter Waffenstillstand sowie ein Abkommen über die künftige Verteilung der politischen Macht, also die Frage, wie die Taliban politisch in das afghanische System eingegliedert werden sollen.

Es gibt jetzt also ein Abkommen, mit genau den Kräften, die man fast

zwei Jahrzehntlang militärisch bekämpfte. Die Friedensbewegung, die damals vor dem Krieg warnte, wurde als Terrorunterstützer diffamiert. Nach dem grandiosen Scheitern dieses sogenannten „Krieg gegen den Terror“ steht man dort, wo man vor 20 Jahren schon stand. Während 2001 die afghanische Bevölkerung von den Taliban unterdrückt wurde, kommen heute noch neue Warlords und der sogenannte Islamische Staat als Teil terroristischer Macht und offener Frauenfeindlichkeit hinzu.

Die US-Streitkräfte haben allein im Jahr 2019 so viele Angriffe auf Afghanistan geflogen wie nie zuvor. Der Krieg hat nach dem Bodycount-Bericht von IPPNW bis zu 180.000 Menschen das Leben gekostet. Erinnert sei an das „Kundus-Massaker“ mit 120 getöteten Zivilisten, veranlasst durch einen Bundeswehr-Offizier. Die Gewalt in Afghanistan hält unvermindert an. Auch deshalb versuchen viele Menschen durch Flucht in die Nachbarstaaten oder nach Europa der massiven Gewalt und Armut zu entkommen.

Dieser Krieg hat bisher insgesamt mindestens 2 Billionen US-Dollar

gekostet. Allein der Bundeswehreinsatz verschlang 10 Milliarden Euro. Obwohl die USA nun innerhalb von 14 Monaten alle Truppen aus Afghanistan abziehen, verlängerten Bundesregierung und Bundestag jüngst das Bundeswehrmandat um ein weiteres Jahr.

Der verheerende Afghanistan-Krieg wurde begonnen, weil das Al-Qaida-Netzwerk zerschlagen werden sollte. Zynische Ironie der Geschichte: Heute kämpfen Al-Qaida-Terrormilizen an der Seite des NATO-Partners Türkei in Syrien gegen die syrische Regierung und Russland und die Bundesregierung befeuert den Krieg mit Geld und Waffen.

Anstatt intransparente Hinterzimmer-Deals zwischen den USA und ausgewählten Taliban-Milizen militärisch abzusichern, muss die Bundesregierung den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan einleiten. Eine umfassende Gesamtbilanz dieses vernichtenden Einsatzes muss öffentlich gezogen werden.

Dazu gehört auch die Untersuchung von Kriegsverbrechen in Afghanistan durch die NATO. Miti-

ge Journalisten und Whistleblower wie Chelsea Manning und Julian Assange, die US-Kriegsverbrechen in Afghanistan aufgedeckt haben,

sitzen im Gefängnis. Die Täter laufen frei herum.

Heike Hänsel, MdB, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke

+++ aktiv gegen krieg +++

#nooneleftbehind · Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln evakuieren!

Die sanitäre und medizinische Situation im größten EU-Flüchtlingslager („Hotspot“) Moria auf der griechischen Insel Lesbos mit mehr als 20 000 Menschen ist katastrophal. Offiziell gibt es dort Platz für 3000 Menschen. Es existieren keinerlei Vorkehrungen, die einer Corona-Epidemie etwas entgegensetzen könnten. Die Stimmung auf Lesbos wird zunehmend feindlicher gegenüber NGOs und Flüchtlingen, auch angeheizt von rechtsradikalen Trupps, die über die Insel ziehen und Jagd auf Flüchtlinge machen. Die Flüchtlingssituation auf Lesbos erfordert eine schnellstmögliche Evakuierung nicht nur von Minderjährigen, sondern aller dort Gestrandeten, zum Beispiel in die 134 Kommunen nach Deutschland, die sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt haben. Die EU und die griechische Regierung sind zudem aufgefordert, menschenrechtliche Standards und das Recht auf Asyl zu achten sowie medizinische Versorgung vor Ort zu gewährleisten. Für den Wiederaufbau eines jüngst abgebrannten Flüchtlingszentrums sammeln wir Spenden: Gesellschaft Kultur des Friedens, IBAN: DE07 6415 0020 0000 2660 88, SWIFT-BIC: SOLADES1TUB, „Lesbos“

Kontakt: www.kulturdesfriedens.de // Heike Hänsel, MdB, DIE LINKE

+++ engagiert für den frieden +++

Brandgefährliche atomare Hochrüstung

Jetzt aktiv werden für den Atomwaffen-Verbotsvertrag!

Arielle Denis

Eine aktuelle Umfrage des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) ergab: Junge Menschen gehen in ihrer Mehrheit davon aus, dass sie zu Lebzeiten noch einen neuen katastrophalen Atomkrieg erleben. Ein Grund dafür sind die anwachsenden politischen Spannungen zwischen den Atommächten. Die Welt erlebt eine gigantische Zerstörung elementarer Lebensgrundlagen und der Vernichtung gewaltiger Ressourcen. Gleichzeitig gibt es eine Hochrüstung der atomaren Potentiale.

Einige Ergebnisse der Umfrage (die unter 16.000 Millennials in 16 Ländern durchgeführt wurde): 47 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass es zu einem Dritten Weltkrieg kommt. 84 Prozent halten den Gebrauch atomarer Waffen für nicht akzeptabel. Dennoch glauben 54 Prozent, dass es zum Einsatz von Atomwaffen kommen wird – im nächsten Jahrzehnt! Es macht Mut, dass 74 Prozent der Befragten Kriege für vermeidbar halten und meinen, dass Atomwaffen grundsätzlich mit einem Bann belegt werden müssten.

Das bringt die Situation gut



auf den Punkt. Deutlich wird die Notwendigkeit, *genau jetzt* eine Kampagne gegen jede Art Krieg und vor allem für ein Verbot aller Atomwaffen durchzuführen.

Soweit die gute Nachricht. Die schlechte lautet: Alle Atommächte "modernisieren" derzeit ihre Atom-

waffenpotentiale. Es gibt alarmierende Maßnahmen zur Steigerung des neuen Rüstungswettlaufs und zur Destabilisierung der weltweiten Sicherungssysteme. Dabei wird dieser Trend vor allem von der US-Regierung unter Donald Trump vorangetrieben – unter anderem mit

dem Austritt aus dem Iran-Abkommen und mit der Aufkündigung des US-amerikanisch-russischen Abkommens über nukleare Mittelstrecken-Raketen (INF-Vertrag). Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass es einen Nachfolgevertrag für den US-amerikanisch-russischen Vertrag zur Reduktion strategischer Waffen (New START), der im Februar 2021 auslaufen wird, geben würde.

In dieser Situation wird Europa in die Zeit des Kalten Krieges zurückgeworfen. Die Regierungen der europäischen Nato-Staaten schweigen entweder oder sie befinden sich in direkter Komplizenschaft mit der US-Regierung. Dabei sind sie es, die die Spirale von Hochrüstung und neuer Kriegsgefahr durchbrechen könnten. Und es kommt noch schlimmer: Frankreichs Präsident Macron, der

nach dem Brexit befürchtet, Frankreich würde als einzige Atommacht in der EU verbleiben, lädt jetzt andere EU-Staaten dazu ein, das Atom-Baby in eine gemeinsame Wiege zu betten. Konservative, kriegstreiberische Kreise in Deutschland greifen dies mit Begeisterung

auf.

Zurück zu den guten Nachrichten: 74 Prozent der befragten Millennials glauben, ein atomarer Vernichtungskrieg könnte noch verhindert werden. Jetzt gilt es, auf dieser Grundlage und unter Bezug auf den UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons /TPNW), der im Juli 2017 von 122 Regierungen ratifiziert wurde, eine Kampagne zur Ächtung von Entwicklung, Besitz und Einsatz jeglicher Atomwaffen zu führen. Inzwischen haben 35 weitere Staaten den Vertrag ratifiziert. 81 Staaten haben ihn bereits unterzeichnet. Damit dürfte der Vertrag in den nächsten Monaten in Kraft treten. Hunderte Städte überall auf der Welt unterstützen den Vertrag im Rahmen eines spezifischen Städte-Appells – darunter mit Washington und Paris Hauptstädte von Ländern, deren Regierungen bislang weiterhin den atomaren Waffenbesitz befürworten. Im vergangenen November erklärte Papst Franziskus: "Atomwaffen sind ein Verbrechen. Sie richten sich nicht nur gegen die Menschheit und die Menschenwürde. Sie richten sich auch gegen jede Möglichkeit auf eine Zukunft der Menschen in einem gemeinsamen Haus."

In einer neuen Erklärung von Nuklear-Forschern heißt es: "Die Welt bewegt sich wie schlafwandeln in der wankenden atomaren Landschaft. Die Hinnahme der atomaren Hochrüstung und der Klimaerwärmung stellen einen Notstand dar."

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gilt es zur direkten Aktion zu schreiten: Lasst uns für den Frieden und atomare Abrüstung kämpfen – JETZT!

Arielle Denis, Mitglied im Vorstand des International Peace Bureau (IPB)

Die Kriegsverbrecher wollen Enthüller lebendig begraben

Freiheit für Julian Assange

Sevim Dagdelen

Der Journalist und Wikileaks-Unterstützer braucht internationale Solidarität, um eine Auslieferung an die USA zu verhindern.

Die anhaltende Inhaftierung und Verfolgung des Journalisten Julian Assange ist ein internationaler Skandal. Seit seiner rechtswidrig eingeleiteten Festnahme in der Botschaft Ecuadors in London im April 2019 ist der Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in der Auslieferungshaft – isoliert wie ein Topterrorist und gemeingefährlicher Schwerverbrecher. Vor dem Woolwich Crown Court kämpft Julian Assange gegen seine drohende Auslieferung in die USA. Dort ist er wegen Spionage angeklagt – bedroht mit einer Gefängnisstrafe von 175 Jahren.

An Julian Assange wird ein krasses Exempel statuiert. Seine Verfolgung ist ein Angriff auf die Pressefreiheit und unsere Freiheit schlechthin. Das Vorgehen der US-Justiz ist eine „Kriegserklärung an den Journalismus“, wie der Whistleblower Edward Snowden aus dem russischen Exil schreibt. Julian Assange wird so unerbittlich verfolgt, weil er geheimes Material über

Kriegsverbrechen der US-Armee und über Folter der Geheimdienste publiziert hat. Die Dokumentation eines Massakers der US-Besatzungstruppen im Irak im Video „Collateral Murder“ hat weltweit für Entsetzen und Abscheu gesorgt (siehe HIER: <https://www.youtube.com/watch?v=zA3mfdgVsAI>). Die Propaganda über „saubere Kriege“ ist damals wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Das war ein Augenöffner: Jeder konnte sehen, wie schmutzig Kriege auch heute noch sind. Und: dass die Kriegsverbrecher mit System nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Bis heute herrscht eine Kultur der Straflosigkeit. Stattdessen soll jetzt derjenige, der Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und Missbrauch aufgedeckt hat, lebendig begraben werden.

Der Vorwurf der US-Regierung, Julian Assange habe durch die Veröffentlichungen Menschenleben gefährdet, konnte von den US-Anwälten in der Anhörung durch nichts belegt werden. Nach dieser Logik müssten alle Journalisten vor Gericht stehen, die mit Wikileaks kooperiert und das Material veröffentlicht haben, darunter Redakteure von SPIEGEL, Guardian, El Pais und New York Times. Kommt

das noch? Alles ist möglich – wenn dass, was Assange droht, möglich wird.

Ein faires Verfahren ist schlicht nicht gegeben. Denn dies setzt prozessuale Waffengleichheit und Partizipation des Beschuldigten voraus. Diese Rechte werden Assange verwehrt. Eine vertrauliche Kommunikation mit seinen Anwälten im Gerichtssaal wird ihm verwehrt. Die Anhörung gleicht einem politischen Schauprozess. Durch die jahrelange Isolation im Botschaftsasyll und jetzt in Belmarsh ist Julian Assange gesundheitlich schwer angeschlagen. Er kann sich nur schlecht konzentrieren und ist sichtlich gezeichnet. Der UN-Sonderberichterstatter zum Thema Folter, Nils Melzer, sagt, Assange weise alle Anzeichen psychologischer Folter auf. Der Schweizer Rechtswissenschaftler hat aufgedeckt, wie die USA, Großbritannien und weitere Staaten gegen den Journalisten bei Verletzung rechtsstaatlicher Grundprinzipien konspirativ kooperierten. Assange, über Jahre systematisch entmenslicht, dämonisiert und zur Unperson gemacht, ist ein Dissident und politischer Gefangener. Er braucht unsere Solidarität und allen Einsatz, damit er so schnell wie möglich aus britischer Haft freikommt und seine

Auslieferung an die USA verhindert wird. Dabei geht es im Prozess um mehr als das Leben von Assange. Es geht um die Freiheit selbst. Diejenigen, die Kriegsverbrechen begehen und decken, dürfen nicht damit durchkommen, diejenigen lebendig

zu begraben, die Kriegsverbrechen aufdecken.

Sevim Dagdelen (DIE LINKE) ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Sie hat als parlamentarische Beobachterin im Februar am Auslieferungsverfahren in London teilgenommen

+++ aktiv gegen krieg +++

Ramstein Protestaktionen vom 25. bis 27. September in Berlin. In Rheinland-Pfalz sind alle Veranstaltungen bis zum 10. Juli 2020 abgesagt

Die Verantwortung für die Gesundheit von uns allen und den Menschen, mit denen wir in Kontakt treten wollen, hat uns veranlasst, die Ramstein-Protestaktionen, die für Anfang Juli geplant waren, abzusagen. Aber: In jeder Krise liegt auch eine Chance! Wir wollen die Situation nutzen, uns mit ganzer Kraft und Entschlossenheit auf die Vorbereitung der Proteste in Berlin im September zu konzentrieren. Hier soll es ein Protest-Wochenende geben: „Ramstein-Protestaktionen 2020 Berlin“. Wir wollen mit Macht unsere Proteste in das politische Zentrum in Berlin tragen. Und dort die Verantwortlichen mit unseren Forderungen konfrontieren.

Wir werden für Berlin vorbereiten:

- eine große öffentliche Veranstaltung mit prominenten Rednerinnen
- den internationalen Basis-Kongress mit wahrscheinlich mehr international Beteiligten als jemals zuvor
- möglichst auch ein Wochenende-Friedenscamp mit einer „kleinen“ Friedenswerkstatt.

Wir sind offen für weitere Ideen und Überlegungen. Wir wollten schon immer die Ramstein-Proteste „nach Berlin bringen“ – jetzt mit voller Kraft!

Reiner Braun & Pascal Luig

+++ engagiert für den Frieden +++

Endloser Krieg und unendliche, westlich-imperiale Geopolitik

Spielball Syrien

Wiebke Diehl

Man werde zusätzliche militärische Kräfte nach Ostsyrien verlegen, erklärte das Pentagon Ende Oktober, kurz nachdem US-Präsident Donald Trump vollmundig den Abzug der seit Jahren völkerrechtswidrig in Syrien stationierten US-Soldaten angekündigt hatte. Er gab damit dem türkischen Präsidenten Erdogan grünes Licht, um erneut in das Nachbarland einzumarschieren. Man wolle die syrischen Ölfelder „schützen“, die weder in die Hände des so genannten Islamischen Staates (IS) noch an andere „destabilisierende Akteure“ fallen dürften. Mit dem Letzteren sind die syrische Regierung, der Iran und die mit ihm verbündeter „Milizen“ gemeint. Erdogan hatte jahrelang gemeinsam mit den Golfstaaten und der US-Administration terroristische Banden, die gegen die syrische Regierung kämpfen, aufgerüstet und diese logistisch, finanziell und politisch unterstützt. Nun begann er umgehend, mit Hilfe eben dieser Milizen weitere ethnische „Säuberungen“ im Nachbarland durchzuführen, Kulturgüter zu zerstören und langfristig auf die Annexion syrischen Territoriums hinzuarbeiten. Offiziell hat sich die Türkei in einer mit Moskau 2018 getroffenen Vereinbarung dazu verpflichtet, radikale Milizen, insbesondere die Hayat Tahrir ash-Sham (HTS, ehemals Nusra-Front), zu entwaffnen. Tatsächlich paktiert der türkische

Präsident weiter mit diesen. Neben seinen Zielen, einen kurdischen Staat zu verhindern und seine Großmachtphantasien eines Neo-Osmanischen Reichs in die Tat umzusetzen, ist er sich mit den westlichen Regierungen einig: Eine Rückeroberung Idlib durch die syrische Armee muss verhindert werden – auch mithilfe der al-Kaidanahen Miliz HTS. Als Ende Februar 33 türkische Soldaten bei einem syrischen Luftschlag ums Leben kamen, waren diese laut russischem Verteidigungsministerium gemeinsam mit dieser Terror-Organisation unterwegs. Obwohl er selbst einen Angriffskrieg begonnen hatte, rief der türkische Präsident lauthals nach Unterstützung gemäß Artikel 4 des Nato-Vertrags. Bislang ohne Erfolg. Befeuert worden war er durch den deutschen Außenminister Heiko Maas, der per Twitter „die fortgesetzten Angriffe des syrischen Regimes und seiner Verbündeten im Norden Syriens“ verurteilte. Dabei erwähnte Maas mit keinem Wort die völkerrechtswidrige türkische Offensive. Anfang März musste sich Erdogan mit dem russischen Präsidenten Putin auf eine Waffenruhe in Idlib einigen. Mitte März gab es die ersten gemeinsamen russisch-türkischen Patrouillen. Man hatte sich auf die Schaffung gemeinsamer „Koordinierungszentren“, die die brüchige Waffenruhe überwachen sollen, geeinigt. Dass die Regierung Assad und Moskau ein weiteres



Mal die Oberhand behalten haben, sagt viel aus über die herrschenden Machtverhältnisse in der Region. Der Feldzug gegen Syrien war von Anfang an erheblich von außen befeuert worden, um eine US-amerikanische Vorherrschaft in der Region und insbesondere die Kontrolle der dort vorhandenen Rohstoffe sowie der zugehörigen Transportwege zu sichern. Er ist noch lange nicht beendet. Und dies obwohl der Krieg schon mit der Rückeroberung Ostaleppos durch die syrische Armee und ihre Partner im Dezember 2016 als entschieden galt. Doch auch nach mindestens 500.000 Getöteten und fast 12 Millionen Vertriebenen wollen die US-Administration und ihre Verbündeten den Krieg gegen die Regierung in Damaskus fortsetzen. Es tobt ein Wirtschaftskrieg gegen das Land. Die Sanktionen haben laut UN-Sonderberichterstatter Idriss Jazairy und der Weltgesundheitsorgani-

sation WHO in hohem Maße zum Leid der syrischen Zivilbevölkerung beigetragen. Der Wiederaufbau Syriens wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert. Dass man in den westlichen Regierungsstuben immer noch hofft, das Blatt wenden zu können, zeigt die geplante Ausweitung der Nato-Mission im Irak, an der sich auch Deutschland beteiligt. Diese soll die US-geführte „Anti-IS-Mission“ bei gleichbleibender westlicher Truppenpräsenz entlasten. Dabei hatte das irakische Parlament in Reaktion auf den völkerrechtswidrigen US-Drohnenmord am iranischen General Qassem Soleimani und seinen Begleitern Anfang Januar in einer Resolution alle ausländischen Truppen aufgefordert, das Land zu verlassen. Aber die irakische Regierung hat sich dem massiven Druck gebeugt. Sie setzte sich über den vom geschäftsführenden Ministerpräsidenten Adel Abdel Mahdi

selbst initiierten Beschluss hinweg. Wieder einmal wurde gegenüber den geostrategischen Interessen der US-Administration, vor deren Karren sich auch die Bundesregierung spannen lässt, klein beigegeben. Leiden werden weiter die Menschen in der Region, die sterben, hungern, von Sanktionen und Krieg gebeutelt sind und noch nicht einmal ihre zerstörten Länder wieder aufbauen dürfen. Vor allem aber wird das Aushandeln von Lösungen, die z.B. die syrischen Kurden in ihren Bedürfnissen befriedigen, zugleich aber die territoriale Integrität Syriens wahren könnten, durch äußere Interventionen massiv behindert.

Wiebke Diehl studierte Islamwissenschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Damaskus und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag. Sie publiziert regelmäßig zum Nahen und Mittleren Osten.

Geheime rechte Terror-Kommandos, unterwanderte Polizei- und Reservistenstrukturen

Die Schattenarmee

Ulrich Sander

Die NATO zog bis Mitte März mit mehreren Tausend Soldaten an die russische Grenze – deutsche Soldaten erneut und vorneweg dabei. Sie hat auch terroristische Bürgerkriegsgruppen in ihren Reihen. Zur politischen Rechtsentwicklung in unserem Land gehört, dass die Militarisierung der Gesellschaft voranschreitet und die AfD in der Bundeswehr eine einflussreiche Rolle spielt. Terroristen aus Kassel, Halle und Hanau verfügten über Waffen aus Schützenvereinen bzw. aus der Bundeswehr.

Die Bundeswehr war und blieb ein Hort der Alt- und Neo-Nazis. „Geh zur Bundeswehr“ heißt es seit Jahren in einem entsprechenden Aufruf: „Junge „Kameraden und Kameradinnen“ in der Berufswahl sollten „eine Ausbildung bei Bundeswehr und Polizei in Erwägung ziehen, mit dem Ziel, sich in besonders qualifizierten Spezialeinheiten das nötige Wissen und Können anzueignen.“ Denn: „Widerstand, der auf die Beseitigung eines volksfeindlichen Systems zielt, muss professionell geplant sein.“ Der Aufruf war erfolgreich. Zahlreiche Nazischläger und Gewalttäter

gehörten der Bundeswehr an oder sind noch Mitglieder des Reservistenverbandes. Ein wichtiges, kaum bekanntes weiteres Datum: Am 17. Februar 2005 gab es eine Nachtsitzung des Bundestages, an deren Ende ohne Aussprache eine „Neuordnung der Reserve der Bundeswehr“ beschlossen wurde. Hundertausende von ehemaligen Bundeswehrsoldaten sollen ständig einsatzbereit sein. Es wird das Alter, in dem Wehrpflichtige auch Reservisten sind, von 45 auf 60 Jahre angehoben. Sie sollen auch im Spannungs- und Notstandsfall und zur „Hilfeleistung

im Inland“ herangezogen werden. 115.000 der Reservisten sind im Deutschen Reservistenverband organisiert, darunter zahlreiche Rechtsextremisten und Neonazis. Sie sind inzwischen den in allen kreisfreien Städten und Landkreisen bestehenden Kommandos unterstellt, die von Reserveoffizieren angeführt werden. Sie haben Kommandozentralen in den Rathäusern und hebeln die zivile Verwaltung gegebenenfalls aus. Die damit begründete Zivil-Militärische Zusammenarbeit und die Reservistenverbände sowie der Bundeswehrverband – vor allem das Kommando Spezialkräfte (KSK) – stellen ein bedrohliches Reservepotential für Nazis und Neonazis dar. Heute kann daher von einer daraus hervorgegangenen Schattenarmee gesprochen werden. Prepper-Netzwerke (von praeparare, sich vorbereiten, rüsten), denen auch Elite-Soldaten, Polizisten und Verfassungsschützer angehören, horten gestohlene Waffen und Munition für den Tag X. Sie erstellen Feindes- und Todeslisten mit Namen von linken und demokratischen Politikern und Journalisten. Am 14. Februar wurden zwölf Männer einer „Gruppe S“ festgenommen. Sie ist bewaffnet. Mindestens einer der Festgenommenen war bei der NRW-Polizei tätig und ist AfD-Funktionär in Hamm. Sie nannten sich „Freikorps Heimat“ und streben einen Rassen- oder Bürgerkrieg an, um die ausländischen Mitbürger zu

vertreiben. Bald darauf wurde eine Wehrsportübung der „Identitären“ in einem Objekt des Sauerländischen Gebirgsvereins bekannt. Zuvor war dies ans Licht gekommen: Marko G., ein mutmaßlicher Anführer der rechten Terroristengruppe »Prepper Nordkreuz«, wurde in Schwerin auf freien Fuß gesetzt. Er wurde lediglich des illegalen Waffenbesitzes für schuldig befunden. Nun kann der Polizeiausbilder weiter seinen Naziladen in Schwung halten und Todeslisten aufstellen. Bereit, am Tag X in Aktion zu treten. Ähnliche Gruppen arbeiten um den als islamistischen Gewalttäter getarnten Oberleutnant Franco Albrecht, um die Polizisten des 1. Innenstadtpolizeireviere in Frankfurt am Main, um „Hannibal“ Andrés Verein Uniter e.V., ferner um Teile vom Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr. Es gibt AfD-Offiziersgruppen, die das AfD-Militärprogramm ausarbeiteten. Auch einige Feuerwehrverbände sowie Reservistengruppen sind von NPD- und AfD-Kräften durchsetzt. Es droht nicht nur der Bundeswehreinsatz im Innern, es droht auch eine gut vernetzte Schattenarmee, jederzeit bereit loszuschlagen. Woche für Woche werden neue Terroristengruppen aus Polizei und Bundeswehr bekannt. Es gilt wachsam zu sein.

+++ aktiv gegen krieg +++

Klimaschutz & Frieden – das passt!

Neben allen anderen schrecklichen Folgen haben Kriege auch verheerende Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Die weltweite Rüstungsproduktion, die Rüstungsexporte, Manöver, Einsätze und der Treibstoffverbrauch der Militärfahrzeuge produzieren immense Mengen klimaschädlicher Emissionen. Allein ein Euro-Fighter verbraucht 70-100 Liter Kerosin pro Minute. Der Klima- und Umwelteinfluss des Militärs kommt in den bisherigen Debatten noch zu kurz. Gleichzeitig befördert der Klimawandel Kriege. Ressourcenknappheit, Wasserkonflikte, extreme Wetterereignisse, Meeresspiegelanstieg: All diese Folgen der globalen Erhitzung steigern das Konfliktpotenzial

auf der Welt. Das ist heute bereits gut erkennbar. Dies wird sich in den kommenden Jahren noch steigern. Es gibt kein "Entweder Friedensengagement oder Klima- & Umweltschutz". Einmal zerstören wir uns selbst. Das andere Mal zerstören wir unsere Lebensgrundlagen. Wir brauchen beides! Wie schnell wir unser Verhalten anpassen können, sehen wir an der aktuellen Situation. Der Smog über China hat abgenommen – Defender wurde eingefroren. Alles wegen des Corona-Virus. Bei Kriegen und in Folge des Klimawandels gibt es mehr Getötete. Doch die Reaktionen sind weniger dramatisch. Deutlich ist: Es kann schnell gehen, wenn ein Wille da ist.

Nele Wokan

+++ engagiert für den frieden +++

Von skrupellosen Rüstungsexporteurs für Jemen-Krieger zu „Rettern in der Corona-Not“



Jürgen Grässlin

Ein Gutes hat die voranschreitende Ausbreitung des Corona-Virus – zumindest für die Bundesregierung und die Kanzlerin. Bis vor wenigen Wochen noch mussten sich die Regierenden in Berlin zwei bitterböse Anschuldigungen gefallen lassen: Vorwurf Nr. 1: Laut Fünf-Jahres-Bericht des

Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI hat sich der Wert der von Deutschland exportierten Großwaffensysteme (Kampfflugzeuge, Militärhelikopter, Kriegsschiffe, Kampfpanzer etc.) im Zeitraum 2015 bis 2019 gegenüber der Periode 2010 bis 2014 um 17 Prozent erhöht. Das ist im internationalen Vergleich deutlich überproportional. Weltweit stieg dieser Wert um 5 Prozent. Vorwurf Nr.

2: Der von der GroKo für 2019 genehmigte Export von Kriegswaffen hat sich auf den neuen Negativrekord von rund acht Milliarden Euro hochgeschraubt – eine Steigerung um 65 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Doch der Virus-Import lässt diese Exporte leicht vergessen. Dabei schreitet die aktive Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden durch deutschen Waffenexport mehr

denn je voran. Unter den Empfängerländern befinden sich vielfach menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten. Auch die Abschottung der EU angesichts der Not Abertausender Flüchtlinge an der türkisch-griechischen Grenze und auf Lesbos rückt mehr und mehr in den Hintergrund – ebenso wie der Überlebenskampf Abertausender Menschen im Syrien- und im Jemen-Krieg.

Wie kann ihnen geholfen werden? Wie können die Kriegswaffenexporte Deutschlands z.B. an Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate – immerhin aktive Kriegsparteien im Jemen – verhindert werden? Warum liefert Deutschland weiterhin Kriegswaffen an Barbaren und Schlächter im Nahen und Mittleren Osten?

Fragen, die nach Antworten schreien. Doch zurzeit bewegt die Menschen all überall nichts mehr als die Gefährdung der eigenen Gesundheit. Selbstverständlich ist die Diskussion um Covid-19 für uns alle – und für Menschen in Risikogruppen ganz besonders – in vielerlei Hinsicht nachvollziehbar. Und notgedrungen sind die in den Medien diskutierten Fragen jetzt ganz andere: Wie kann ich die Ansteckung mit dem Virus vermeiden? Wann kann ich meine Familienangehörigen wiedersehen?

Doch sollten wir trotz der Corona-Krise nicht vergessen: Tagtäglich sterben Menschen weit weg vom ruhigen Deutschland im Kugel- und Bombenhagel der Sturmgewehre von Heckler & Koch und der Granaten von Rheinmetall. Und das mehr denn je. Corona bietet der Bundesregierung eine gute Gelegenheit, vom Vorwurf des hemmungslosen Kriegswaffenexporteurs abzulenken, um sich stattdessen als Krisenzampano in der Corona-Krise aufzuspielen. Das überzeugt zwar in der Praxis nicht (siehe S. 2). Doch der Schein reicht zunächst aus. Tatsächlich erweisen sich objektiv viele Auftritte der Regierenden in der Corona-Krise als Ablenkungsmanöver von den tödlichsten Kriegen des 21. Jahrhunderts mit deutschen Waffen und Soldaten.

Was bleibt zu tun? Lasst uns die Strafanzeigen des Europäischen Zentrums für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR) und von Linken unterstützen, die die Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden juristisch angehen. Lasst uns den Offenen Brief u.a. von Greenpeace und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ unterstützen, in dem nachdrücklich ein völliger Stopp aller Kriegswaffenexporte an die Jemen-Kriegsallianz gefordert wird. Lasst uns mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE weltweit aufzeigen, wohin grenzenlos Waffen exportiert werden. Lasst uns den Tätern Name und Gesicht und den Opfern eine Stimme geben. Lasst uns vor den Werktern skrupelloser Waffenschmieden Blockade-Aktionen durchführen. Lasst uns vor dem Bundestag und dem Bundeskanzleramt gegen die Rüstungsexport- und Kriegslobbyisten demonstrieren.

Jürgen Grässlin ist u.a. Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Mitbegründer der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K). 2018 initiierten Grässlin beim RIB e.V. das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) als ein weltweites Netzwerk gegen Waffenhandel, das Rüstungsexportskandale recherchiert und in mehreren Weltsprachen publiziert.

Zuletzt erschien: Jürgen Grässlin, *Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient* und *Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden*. Grässlin wurde zuletzt mit dem „GRIMME-Medienpreis“ und dem „Marler Medienpreis Menschenrechte“ von Amnesty International geehrt. Kontakt: Tel.: 0049-761-7678208 · Mob.: 0049-170-6113759 · E-Mail: jg@rib-ev.de graesslin@dfg-vk.de

Weitere Informationen: www.gn-stat.org · www.rib-ev.de · www.aufschrei-waffenhandel.de · www.dfg-vk.de · www.juergengraesslin.com

Tödliche Waffen, mörderische Mauern Offener Brief an die Mitglieder des Bundessicherheitsrates und die Bundeskanzlerin

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt · Willy-Brandt-Straße 1 · 10557 Berlin

Berlin, 13. März 2020

Ein breites Bündnis aus Organisationen aus der Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfsorganisationen fordert: Umfassendes Rüstungsexportverbot für die Jemen-Militärkoalition

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, der Beginn des Kriegs im Jemen jährt sich bald zum fünften Mal. Im Jahr 2019 gab es mehr als 3.000 direkte Todesopfer, sehr viel mehr Menschen leiden an der durch den Krieg verursachten Not. 24 Millionen, oder rund 80 Prozent der Bevölkerung, davon 12,3 Millionen Kinder, sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. 10 Millionen Menschen leiden stark an Hunger, 3,2 Millionen sind akut mangelernährt – darunter zwei Millionen Kinder unter fünf Jahren und über eine Million schwangere und stillende Frauen. Im vergangenen Jahr ist zudem die Zahl der Cholera-Verdachtsfälle auf über 861.000 angestiegen, mehr als 1.000 Menschen sind an der Krankheit gestorben. Aufgrund der durch den Krieg vielerorts zusammengebrochenen Trinkwasser-, Hygiene- und Gesundheitsversorgung schweben viele Menschen in akuter Lebensgefahr. Die Menschenrechtslage ist weiterhin katastrophal und die Kriegsführung unverändert brutal. So kamen bei einem Luftangriff der Koalition in der Region Al-Hayjah Mitte Februar nach UN-Angaben mehr als 30 Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben. [...]

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, fordern die Bundesregierung deshalb auf, das im September letzten Jahres gegenüber Saudi-Arabien verlängerte Rüstungsexportmoratorium erneut zu verlängern und weitere wirksame Schritte zu unternehmen, um den Nachschub an Waffen für den Krieg im Jemen zu unterbinden. Angesichts der nach wie vor eklatanten Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch die dortigen Kriegsparteien muss die Bundesregierung zwingend das Moratorium in ein umfassendes und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot für die Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition überführen. Dieses darf keine Ausnahmen für Komponentenlieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte und bereits erteilter Exportgenehmigungen zulassen.

Die Bemühungen der Bundesregierung bei der Umsetzung des Hodeidah-Abkommens haben wir positiv zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat sie aber 2019 durch die Genehmigung von Waffen-

exporten an am Jemen-Krieg beteiligte Staaten im Wert von rund 1,1 Milliarden Euro die eigenen Bemühungen zur Beendigung des Konflikts konterkariert, denn es besteht nach wie vor eindeutig die Gefahr, dass mit deutschen Rüstungsgütern die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht im Jemen verletzt werden. Rüstungsexportgenehmigungen in Länder der Militärkoalition im Jemen stehen damit im eklatanten Widerspruch zu selbst gesetzten Vorgaben der Bundesregierung sowie nationalen, europäischen und internationalen rechtlichen Verpflichtungen, wie sie sich aus dem Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union und dem internationalen Waffenhandelsvertrag ergeben.

Daher fordern wir Sie als Mitglieder der Bundesregierung auf:

Verhängen Sie nun ein umfassendes, rechtlich verbindliches und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot gegenüber allen Mitgliedern der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen! [...] Dieses Rüstungsexportverbot darf keine Ausnahmen für Komponentenlieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte und bereits erteilte Exportgenehmigungen zulassen.

Folgen Sie der Entschließung des Europäischen Parlaments und setzen Sie sich für ein EU-Waffenembargo gegen alle Mitglieder der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen ein.

Mit freundlichen Grüßen

Nationale Organisationen und Bündnisse:

Aktion gegen den Hunger · Aktionsbündnis „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ · Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) · Amnesty International Deutschland e.V. · Ärzte der Welt e.V. · Brot für die Welt · CARE Deutschland e.V. · Deutscher Caritasverband e.V. · Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre · DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstverweigerer · ECCHR – European Center for Constitutional and Human Rights · Forum Ziviler Friedensdienst e.V. · Frauennetzwerk für Frieden e.V. · Friedensfestival Berlin e.V. · Greenpeace Deutschland e.V. · HelpAge Deutschland e.V. · IPPNW- Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. · NaturFreunde Deutschlands · Netzwerk Friedenskooperative · NRC Flüchtlingshilfe Deutschland · Ohne Rüstung Leben · Oxfam Deutschland pax christi – Deutsche Sektion e.V. · RüstungsInformationsBüro (RIB) · Save the Children Deutschland e.V. · Terre des hommes · urgewald

Internationale Organisationen und Bündnisse

ACAT France – ACTION DES CHRÉTIENS POUR L'ABOLITION DE LA TORTURE · Alliance internationale pour la défense des droits et libertés „AIDL“ · ASER-Action Sécurité Ethique Républicaines · Handicap International e.V. PAX (Pax for Peace Netherlands)

<https://www.aufschrei-waffenhandel.de/termine-aktionen/offener-brief/#c11719>